

GZ: LE.2.3.2/0041-EU-Koord LW/2018

Wien, am 16.08.2018

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

25/4.7

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Gegenstand: Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union
(Landwirtschaft/Fischerei) in Luxemburg am 18. Juni 2018

Am 18. Juni 2018 fand die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft /Fischerei) in Luxemburg statt.

TOP 1 und 2 Annahme der Tagesordnung und die Liste der A-Punkte

Die Tagesordnung und die Listen der A-Punkte wurden ohne Einwände angenommen.

TOP Verordnung über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds

- **Vorstellung durch die Kommission**
- **Gedankenaustausch**

Kommissar Vella erläuterte, dass dieser Vorschlag die Gemeinsame Fischerei- (GFP), und Meerespolitik der Union und die internationalen Verpflichtungen der Union im Bereich der Meerespolitik gezielt aus dem Unionshaushalt im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstützt. Die Kommission schlägt einen Mittelansatz von € 6,14 Mrd. vor. Diese Unterstützung ist ein Schlüsselement für die nachhaltige Bewirtschaftung der Meeresressourcen und eine nachhaltige maritime Wirtschaft und trägt dadurch zur Ernährungssicherheit bei. Die vier Prioritäten für eine Intervention des Fonds sind daher:

- (1) nachhaltige Fischerei und die Erhaltung der biologischen Meeresressourcen;
- (2) wettbewerbsfähige, nachhaltige Aquakultur und Märkte;
- (3) nachhaltige blaue Wirtschaft und florierende Küstengemeinschaften;

(4) internationale Meerespolitik und sichere, geschützte, saubere und nachhaltig bewirtschaftete Meere und Ozeane.

Kommissar Vella betonte die umfassende Vereinfachung und Flexibilisierung der Umsetzung des Fonds, wie von den Mitgliedstaaten und interessierten Kreisen in Konsultationen gefordert. Generell wurde zugunsten einer ergebnisorientierten Vorgangsweise auf detaillierte Maßnahmen verzichtet, womit die Mitgliedstaaten im Rahmen ihres Programms maßgeschneiderte Aktionen fördern können, soweit diese mit den Grundzielen der GFP vereinbar sind. Alle Mitgliedstaaten außer Luxemburg, UK und Bulgarien äußerten sich und begrüßten den Vorschlag, insbesondere die ergebnisorientierte Umsetzung anhand von Zielen anstatt von spezifisch vorgeschriebenen Maßnahmen. Mehrere Mitgliedstaaten betonten die Abfederung der sozio-ökonomischen Auswirkungen und die Bedeutung der kleinen Küstenfischerei. Eine große Mehrheit begrüßte auch die Berücksichtigung der Meeres- und Süßwasseraquakultur, sprach sich jedoch (u.a. Ungarn, Irland, Tschechien, Deutschland, Irland, Slowakei, Österreich, Estland) gegen die ausschließliche Verwendung von Finanzinstrumenten bei Investitionen in Aquakulturproduktion und Verarbeitung aus.

Der integrierte Ansatz zur Meerespolitik und die ländliche und Küstenentwicklung wurden von vielen Delegationen begrüßt. Deutschland, Dänemark, Spanien, die Niederlande und andere hoben die Bedeutung der Kontrolle und Datenerfassung sowie auch von Forschung, Entwicklung und Innovation, auch im Fischereibereich, hervor. Belgien forderte weiterreichende Modernisierungsmöglichkeiten der Flotte. Schweden begrüßte die vorgeschlagene Senkung der Mittel, Estland und Finnland möchten bei der Vereinfachung und dem Verwaltungsabbau noch weiter gehen. Kommissar Vella dankte für die positiven Reaktionen. Der Vorsitz folgerte, dass der Rat die Präsentation der Europäischen Kommission und die Meinungen der Mitgliedstaaten zur Kenntnis genommen hat.

TOP Verordnung zur Änderung der Verordnungen des Rates in Bezug auf die Fischereiaufsicht

- **Vorstellung durch die Kommission**
- **Gedankenaustausch**

Kommissar Vella erläuterte, dass die Änderung u. a. eine Modernisierung des Kontrollsystems mit sich bringt, die Lücke zwischen der GFP und anderen Bestimmungen schließt sowie einer verbesserten Datengewinnung dient.

Die MS begrüßten den Vorschlag grundsätzlich und ersuchten um Kosten-Nutzen Balance sowie die gewünschte Vereinfachung der Bestimmungen nicht aus den Augen zu verlieren. Einige Delegationen lehnten die neuen Verpflichtungen für Fischereifahrzeuge unter 12m ab, während andere primär die aufwändige Einführung von CCTV (Close Circuit Televisions) kritisierten. Das Vereinigte Königreich begrüßte hingegen die CCTV-Einführung. Des Weiteren zeigten sich einige Delegationen skeptisch gegenüber den vorgeschlagenen Bestimmungen zur Freizeitfischerei. Die Niederlande und Deutschland meinten, dass die Sanktionen von den MS zu bestimmen sind. Kommissar Vella dankte für die Reaktionen und hob insbesondere die unterschiedliche Sanktionierung in den MS, die derzeit nicht richtig und auf unterschiedliche Art und Weise angewendet wird, hervor. Die Investitionen werden über EMFF gedeckt, schließlich soll eine verbesserte Kontrolle der Nachhaltigkeit dienen. Der Vorsitz folgerte, dass der Rat die Präsentation der Europäischen Kommission und die Meinungen der Mitgliedstaaten zur Kenntnis genommen hat.

TOP Mitteilung der Kommission über den Stand der GFP und die Konsultation über die Fangmöglichkeiten für 2019

- **Vorstellung durch die Kommission**
- **Gedankenaustausch**

Kommissar Vella erläuterte die zentralen Elemente der Mitteilung, wie die guten Fortschritte bei der Umsetzung der GFP und die ökonomischen Erfolge der EU-Flotten. Außerdem forderte er mehr Engagement von den Mitgliedstaaten zur vollständigen Umsetzung der Anlandeverpflichtung am 1.1.2019. Eine Reihe von Mitgliedstaaten begrüßte die erhöhte Anzahl von Fischbeständen auf MSY (Maximum Sustainable Yield) - Niveau.

Die Mittelmeeranrainerstaaten wiesen auf die notwendige Einbindung der Drittstaaten zur Erreichung der EU-Ziele hin. Portugal, Spanien, die Niederlande, Irland, Belgien, Kroatien, Dänemark und Deutschland erläuterten unterschiedliche Probleme mit der Anlandeverpflichtung und forderten Flexibilität von der Europäischen Kommission. Da die wissenschaftlichen Gutachten für die Ostsee bereits vorliegen, wiesen einige Mitgliedstaaten bereits auf spezifische Probleme hin. Kommissar Vella ersuchte die Mitgliedstaaten, sich schon frühzeitig auf die Verhandlungen zu den Fangmöglichkeiten im Dezember 2018

vorzubereiten. Zur Anlande Verpflichtung forderte er eine bessere Nutzung der bestehenden Instrumente und des EMFF.

TOP FAO-Kandidatur – Wahl des/der GeneraldirektorIn:

Frankreich meldete sich zu Wort und informierte den Rat darüber, dass Frankreich eine/n KandidatIn für die Wahl zum/r FAO-GeneraldirektorIn nominieren werde. Der Vorsitz dankte für die Wortmeldung, der österreichische Vorsitz werde sich mit dem weiteren Prozedere der Kandidaturen befassen.

TOP GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020

- a) **Verordnung über die GAP-Strategiepläne**
- b) **Verordnung über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der GAP**
- c) **Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse**

- **Vorstellung durch die Kommission**
- **Gedankenaustausch**

Kommissar Hogan verwies zunächst auf die Bedeutung einer raschen Einigung zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und betonte, dass die endgültige Entscheidung diesbezüglich bei den EU-Gesetzgebern liege. In diesem Zusammenhang sei auch das von mehreren MS unterschriebene Memorandum zum Erhalt der GAP-Zahlungen zu sehen.

Mit den von der Kommission vorgeschlagenen GAP-Strategieplänen sollte den Mitgliedstaaten ein entsprechender Spielraum im Sinne der Subsidiarität gewährt werden, ohne gleichzeitig die Gemeinsamkeit der GAP aufzugeben. In Bezug auf die Direktzahlungen sei aus Kommissionssicht die Einkommenssicherung für die Landwirte grundlegend. Für die faire Verteilung der Direktzahlungen sei auf eine Reihe von Vorschlägen zu verweisen, wie z.B. die verpflichtende Degression und Deckelung sowie die Möglichkeit der Umverteilung der dadurch frei gewordenen Finanzmittel. Kommissar Hogan äußerte seine Verwunderung über die negativen Kommentare im Hinblick auf eine fehlende Vereinfachung der GAP. Als Beispiele für die Verminderung der Komplexität der GAP nannte der Kommissar die 50%ige Reduzierung der delegierten Ermächtigungen, Vereinfachung bei der Ökologisierung,

Festlegung der Regelungen für Junglandwirte auf Ebene der Mitgliedstaaten, die Verringerung der Inspektionen vor Ort, weitere Automatisierung und Digitalisierung, uvm. Seit Jahren wurde mehr Flexibilität verlangt, jetzt sei diese in den wählbaren Maßnahmen und Regeln im Rahmen eines einzigen strategischen Plans zu finden. Kommissar Hogan verwies auf eine tiefer gehende Behandlung des Themas Vereinfachung bei der ersten Ratssitzung unter österreichischem Vorsitz.

Die Mitgliedstaaten sahen den Gesamtansatz der Vorschläge (ergebnisorientiertes Umsetzungsmodell, strategische Pläne) grundsätzlich als taugliche Grundlage für die weitere politische Behandlung. Viel Kritik wurde jedoch von vielen Delegationen daran geübt, dass aufgrund der mangelhaften finanziellen Ausstattung der GAP die ehrgeizigen Ziele, vor allem in den Bereichen Umwelt-, Klima- sowie Tierschutz und Qualität der Produktion, nicht erreicht werden können. Das von Frankreich, Finnland, Irland, Portugal und Spanien vorgelegte Memorandum fand folglich auch direkte oder indirekte Unterstützung zahlreicher weiterer Delegationen. Speziell die überproportionalen Kürzungen in der ländlichen Entwicklung wurden von einigen Mitgliedstaaten, darunter Österreich, besonders kritisch gesehen. Die so genannte externe Konvergenz, also die Angleichung der Hektarzahungen zwischen den Mitgliedstaaten, wurde von manchen Delegationen als nicht ausreichend qualifiziert. Die meisten Delegationen könnten den Ansatz von Degression und Deckelung von Direktzahlungen offenbar mangels ausdrücklichen Widerspruchs mittragen, einige kritisierten diesen Vorschlag jedoch bzw. verlangten, dass dies optional sein sollte.

In Bezug auf die Neuregelung der Konditionalität von Zahlungen und das Öko-Schema forderten einige Delegationen ausreichende Wahlfreiheit. Auch die Einrichtung von Systemen des Risikomanagements sollte nach Meinung einiger Delegationen fakultativ bleiben. Die Beibehaltung der gekoppelten Zahlungen wurde von den Mitgliedstaaten begrüßt bzw. zur Kenntnis genommen, nur vereinzelt wurden diese abgelehnt.

Durch die Anwendung des neuen Umsetzungsmodells befürchteten viele Delegationen einen Anstieg an Verwaltungsbelastung. Es herrschte praktisch Konsens darüber, dass in den Vorschlägen der Kommission keine Vereinfachung zu sehen sei. Einige Delegationen merkten an, dass klare Kriterien für die Annahme der GAP-Strategiepläne fehlten. Des Weiteren fehlen in den Vorschlägen aus der Sicht einiger Mitgliedstaaten gewisse Marktstabilisierungsmaßnahmen. Thematisiert außerdem die Frage der Definition der „echten Betriebsinhaber“ sowie die Notwendigkeit, Zahlungsflüsse auch im Übergangszeitraum zu gewährleisten.

Kommissar Hogan merkte an, die Kommission sei auf alle Probleme, welche die Mitgliedstaaten wiederholt äußerten, eingegangen. Bei aller Kritik zeichne sich aber kein Alternativmodell ab. Das neue Umsetzungsmodell und die strategischen Pläne böten die von den Mitgliedstaaten geforderte Flexibilität zur Zielerreichung. Andererseits müsse die Mittelverwendung auch an Konditionalitäten geknüpft sein. Der Rat nahm die Präsentation der Kommission sowie den Gedankenaustausch mit den Mitgliedstaaten zur Kenntnis.

TOP Marktlage

- Informationen der Kommission

Kommissar Hogan berichtete zur Lage der Agrarmärkte. Die Lage am Milchmarkt sei zurzeit ausgewogen und stabil, die Erzeugermilchpreise leicht rückläufig, sie würden bei rund 32 Cent/kg liegen. Seit Anfang April seien die Preise für Magermilchpulver wieder langsam gestiegen, obwohl größere Mengen aus den Interventionsbeständen verkauft werden konnten. Erfreulich zeigten sich die Exportzahlen nach China, Algerien und Mexiko.

Am Schweinefleischmarkt verzeichne man eine erhöhte Produktion (+ 4,2%), sinkende Preise bis Anfang Mai seien die Folge gewesen. Ein Rückgang der Exporte nach China sei zu beobachten, allerdings gäbe es eine positive Exportentwicklung in Richtung Japan, Singapur oder auch Mexiko. Der Rindfleischsektor zeige eine stabile Entwicklung, wohl mit sinkenden Preisen im Frühling, jedoch über dem Niveau des Vorjahres. Am Zuckermarkt sei die Produktion nach dem Ende der Zuckerquoten stark gestiegen, der Weltmarkt sei von einem Überangebot gekennzeichnet. Im April lag der EU-Weißzuckerpreis mit 376 Euro pro Tonne deutlich unter dem EU-Referenzpreis. Eine jedoch nicht vollkommen überraschende Entwicklung, die eine Anpassung des europäischen Zuckersektors an die neuen Marktgegebenheiten erfordere. Die Kommission sehe derzeit keinen Bedarf für Marktmaßnahmen.

Im Zuge der allgemeinen Diskussion begrüßte die Mehrheit der Mitgliedstaaten die grundsätzlich positive wirtschaftliche Situation auf den Agrarmärkten, zeigte sich jedoch auch besorgt über die schwierige Lage im Schweinefleischsektor in Polen und der EU im Allgemeinen. Ebenso besorgniserregend seien die hohen Interventionsbestände an Magermilchpulver sowie die von US-Behörden verhängten Handelsbarrieren hinsichtlich spanischer Tafeloliven. Einige Delegationen verwiesen in diesem Zusammenhang auf weitere sensible Sektoren wie etwa Zucker, Reis und Rindfleisch.

Folgende Themen wurden unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges behandelt:

- a) Bericht des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) vom 30. Mai 2018
 - Information der niederländischen Delegation

- b) Schutz von Honigbienen und anderen bestäubenden Insekten
 - Informationen der slowenischen Delegation

- c) Memorandum zur GAP im Kontext des nächsten MFR
 - Informationen der französischen, der finnischen, der griechischen, der irischen, der portugiesischen und der spanischen Delegation

- d) Abnehmende Verfügbarkeit von Wasser für die Landwirtschaft in Zypern
 - Informationen der zyprischen Delegation

- e) Abbau der Bestände an Magermilchpulver
 - Informationen der französischen Delegation

- f) Lage auf dem Schweinefleischmarkt
 - Informationen der polnischen Delegation

- g) Endgültige Festsetzung zur Antisubventions- und Antidumpingzölle gegenüber spanischen Tafeloliven durch die US-Behörden
 - Information der spanischen Delegation

- h) Gemeinsame Erklärung der Landwirtschaftsminister der Visegrád-Gruppe (Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Slowakei), Bulgariens, Kroatiens, Rumäniens, Sloweniens und der Baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) zur Vision der mittelosteuropäischen Initiative für eine wissenschaftsbasierte Land- und Forstwirtschaft und Aquakultur in der Bioökonomie "BIOEAST"
 - Informationen der ungarischen Delegation

Ich stelle sohin den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

Die Bundesministerin:
i.V. Dr. BOGNER-STRAUSS